Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau b. Emil Kabath.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien, bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 141.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 25. Februar
(Erscheint täglich dreimal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen die Petitzeile 50 Pf., sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen

1878

Amtliches.

Berlin, 23. Februar. Der Kaiser und König hat den seither ständigen Hilfsarbeiter bei der obersten Post- und Telegraphen-Verwaltung, Ober-Postrath Walter in Berlin zum Ober-Postdirektor, den Postrath Schmidt in Düsseldorf zum Ober-Postrath, den Geh. expedirenden Sekretär bei der obersten Post- und Telegraphen-Verwaltung Köhler in Berlin zum Postrath, und den Post Bauinspektor Keßler in Berlin zum Post-Baurath ernannt.

Der König hat dem Direktor der Provinzial-Irren-Anstalt zu Alt-Scherbitz, Prof. Dr. med. Johannes Moritz Koeppe, den Charakter als Geh. Sanitätsrath, und dem praktischen Arzt Dr. Friedrich Carl Heinrich Boetticher zu Berlin, sowie dem prakt. Arzt Dr. Hannemann in Wolgast den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Der prakt. Arzt, Ober-Stabsarzt a. D. Dr. Müller, zur Zeit in Berlin, ist zum Kreisphysikus des Kreises Schlochau, und der prakt. Arzt, Ober-Stabsarzt a D. Dr. Rünger zu Nauen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Liebenwerda, zum Kreisphysikus des Kreises Liebenwerda ernannt worden. An dem Schullehrer-Seminar zu Breslau ist der Elementarlehrer Sendler zu Jauer als Hilfslehrer angestellt worden. Bei der höheren Bürgerschule in Naumburg a. S. ist die Beförderung des ord. Lehrers Dr. Arthur Lipkau zum Oberlehrer genehmigt. Dem Rechtsanwalt Stöckicht in Herborn ist gestattet worden, vom 1 April d. J ab seinen Wohnsitz nach Dillenburg zu verlegen. Der Ober-Trib.-Rath Lemcke und der Appell.-Ger.-Rath, Geh. Justizrath Lohmeyer in Halberstadt sind gestorben Dem Stadtger.-Rath Schaeffer in Berlin ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung.

Berlin, 23. Februar. Nachdem in der fortgesetzten Debatte über die Steuervorlagen Fürst Bismarck konstatirt hat, daß eine Differenz zwischen ihm und dem Finanzminister Camphausen nicht besteht, ergreift das Wort der Abg. v. Varnbüler. Derselbe spricht so leise, daß ihn nur die in der Nähe der Tribüne befindlichen Gruppen verstehen können. „Mit einer Stimme, wie die meinige, nach einer Verhandlung so aufregender Art, wie wir soeben erlebt haben, einen Gegenstand rein sachlich zu besprechen, wird sehr schwierig sein.“ Die politische Seite der Frage, die Frage des Budgetrechts des Reichstags und der Einzelstaaten möchte der Redner nicht mit Herrn v. Stauffenberg in den Vordergrund stellen. Wenn einmal Ueberschüsse vorhanden sein werden, so wird die Verständigung über die Vertheilung derselben oder eine etwaige Verminderung der Matrikularbeiträge nicht schwer sein. Man streitet wohl über ein Minus, niemals über ein Plus. Das Bugetrecht des Reichstags ist auch bei Ueberschüssen aus dem Tabaksmonopol sehr wohl zu schützen. Die französischen Kammern bewilligen nicht nur das Monopol immer nur auf eine bestimmte Anzahl von Jahren, sondern auch die Preise der Regie, und in Würtemberg werden die indirekten Steuern seit 60 Jahren bei jedem Budget ausdrücklich bewilligt. Das Reich muß auf eigene Einnahmen gestellt werden, die Matrikularbeiträge dürfen nur eine Ausnahme bilden und sollen schließlich ganz verschwinden. Von diesem Gesichtspunkte aus kann man mit den vorliegenden Steuergesetzen durchaus nichts anfangen: sie tragen noch nicht 40 Millionen ein gegenüber einem Defizit von 109 Millionen, davon die Tabakssteuer allein 29 Millionen. Von diesem Standpunkt aus ist das Gesetz absolut zu verwerfen. Vor der Reichsstempelsteuer wird das Reich wohl bewahrt bleiben, nachdem Herr Camphausen die Einnahme aus den Stempeln gestern bereits dem preußischen Hauptbuch ins Haben geschrieben hat, dasselbe werden die Finanzminister der andern Staaten wohl auch thun können. Von der Tabaksteuer zu reden hält der Redner nur deshalb noch der Mühe für werth, weil sie die Einführung des Monopols vorbereiten soll. Es entsteht die Frage, ob sie diesem Zwecke der Vorbereitung wirklich dient und der Redner verneint diese Frage schlechthin. Denn das Gesetz würde den Tabaksbau zerstören. Der Redner, der ein entschiedener Freund des Monopols und mit allen seinen Konsequenzen und den Modalitäten seiner Einführung sehr vertraut ist, hält die Entschädigung, selbst wenn sie 100—300 Millionen betragen sollte, für kein Hinderniß gegenüber den Einnahmen der Regie, welche die Zinsen des Entschädigungskapitals leicht aufbringen wird. Auch bietet unsere Industrie die hinlänglichen Kräfte für die Fabrikation und ihre Leitung. Der Redner empfiehlt die Verweisung der Vorlage an eine besondere Kommission von 14 oder 21 Mitgliedern, nicht an die Budgetkommission und würde es gern sehen, wenn in der Zwischenzeit bis zur nächsten Session reichliche Erhebungen über das amerikanische System angestellt würden.

Abg. Windthorst: Die Verhandlungen des heutigen Tages waren noch dramatischer als die gestrigen. Eine Versöhnungsszene wie die heutige hat man wohl kaum in einem Parlament erlebt. Ob sie eine wirkliche, dauernde Versöhnung gebracht hat, möchte ich bezweifeln. Zur Sache selbst, zu so wichtigen Maßregeln, wie die sind, zu denen die Zustimmung des Reichstags verlangt wird, kann er nur Stellung nehmen, wenn er ein festes Ziel vor sich sieht. Ist ein solches da? Die wichtigste Vorlage, welche die Besteuerung des Tabaks betrifft, hat sich plötzlich in einen Modus des Durchgangs zum Monopole verwandelt, was Niemand aus ihr herausgelesen hat und herauszulesen genöthigt war. Zwar ist dieser präparatorische Charakter der Vorlage und die Aufstellung des Monopols als wirkliches und letztes Ziel zunächst nur vom Reichskanzler und vom Finanzminister enthüllt worden, nicht vom Bundesrath — jene zwei Männer haben doch nur die Bedeutung von zwei Stimmen im Bundesrath — aber ihr Votum wird doch ausschlaggebend sein. Ich wünsche, daß sich nie eine Majorität in diesem Hause für das Tabaksmonopol finden möge, denn es ist gegen alle gesunde Volkswirthschaft, ein so bedeutendes Gewerbe in die Hände des Staates zu legen. Wir würden durch diese Maßregel nicht nur eine Menge von der Tabaks-Industrie abhängiger Existenzen zerstören, sondern auch ein neues von der Regierung abhängiges Beamtenheer schaffen, und dann kann es für die Küsten-Provinzen auch nicht angenehm sein, wenn die Schifffahrt, die sich mit der Herbeischaffung des Tabaks beschäftigt, vom Staate abhängig wird. Ferner sind wir über die den Tabaksinteressenten zu gewährende Entschädigung keineswegs zur entsprechenden Klarheit gekommen, wie wir denn überhaupt über die ganze Frage noch nicht genügend unterrichtet sind. Wohl hat man auf das Beispiel Frankreichs und Amerikas hingewiesen, aber diese Exemplifikation ist keine glückliche. In Frankreich hat das Monopol zu der abscheulichsten Beamtenwillkür Anlaß gegeben und Amerika baut seinen Tabak selbst, während wir ihn importiren müssen. Ich verschließe mich nicht dem Gedanken, daß für den Staat aus dem Tabak eine höhere Einnahme, vielleicht durch eine Erhöhung der jetzigen Steuer, erzielt werden kann, aber mit einer Regierung, die nicht eine Steuererhöhung, sondern das Monopol will, können wir diesbezüglich nicht paktiren. Warum hat die Regierung das Kind nicht gleich beim rechten Namen genannt? Es ist kein offenes Verfahren, das Endziel der Vorlagen nicht gleich bekannt zu geben. Das bewirkt nur, daß wir in jeder Regierungsvorlage einen Hinterhalt vermuthen müssen und die Verhandlungen nicht vertrauensvoll führen können. (Heiterkeit.) Es ist nun in der Debatte viel von einer Steuerreform die Rede gewesen, aber wie man sich dieselbe eigentlich denkt, ist mir nicht recht klar geworden. Man sollte doch erwarten, daß die „Partei der gouvernementalen Initiative“ dem Programm der Regierung ihr Programm entgegenstellen würde. (Heiterkeit.) Das ist nicht geschehen, obgleich bei dem Wunsch nach einer parlamentarischen Regierung die Majoritäts-Parteien doch klar sagen müßten, was sie wollen. Nur Herr von Stauffenberg hat die Steuerreform dahin definirt, daß sie in einer Steuerverminderung und zweckmäßigerer Vertheilung der bestehenden Lasten bestehen müßte. Aber das ist ein theoretischer Satz ohne praktischen Inhalt. Da ist es schon das Beste, wenn wir einstweilen bei den alten Herren bleiben. (Heiterkeit.) Die konstitutionellen Bedenken der Herren Stauffenberg und Lasker theile ich vollkommen. Wenn aber der Erstere einen Reichsfinanzminister wünscht, so möchte ich an einen Ausspruch des Fürsten Bismarck aus dem Jahre 1867 erinnern. Gelegentlich der Berathung der norddeutschen Bundesverfassung sagte der damalige Graf Bismarck, daß durch die Errichtung eines Reichsfinanzministeriums die Finanzminister der Einzelstaaten mediatisirt würden. (Hört! Hört!) Ich bin erstaunt, daß gestern kein Minister der Mittelstaaten gegen den Reichsfinanzminister protestirt hat. Diese bedauerliche Konnivenz, dieses Schweigen der Einzelstaaten führt uns dem Einheitsstaat immer näher. So lange aber noch ein Bundesverhältniß existirt, hindert uns gar nichts, daß der preußische Finanzminister die Initiative giebt, die er seit vielen Jahren gegeben hat. Im Allgemeinen glaube ich, daß die Ersetzung der Matrikularbeiträge durch indirekte Steuern in großem Maßstabe die Verwaltung der Einzelstaaten absolut unmöglich machen wird. Da außerdem der Vorlage ein ganz anderer Sinn untergeschoben wird, als sie nach dem Wortlaut haben kann, und da ferner alle konstitutionellen Garantien fehlen, wir also das verlangte Zustimmungsvotum unmöglich geben können, bitte ich um Verwerfung der Vorlage auf dem kürzesten Wege. (Beifall.)

Abg. Fritzsche protestirt gegen die Einführung neuer indirekter Steuern; besonders empfehlen sich die direkten Steuern, um den Leuten zu zeigen, wie theuer das Reich zu stehen kommt. Der Arbeiter müßte den nöthigen Unterhalt haben, und zu demselben gehören auch die Steuern, die er zahlen muß; die Arbeiter würden sich auch an diese Steuererhöhung gewöhnen können, aber es würden vorher viele Existenzen zu Grunde gehen. Die ganze Vorlage wolle gerade die kleinen Leute abschlachten. Die Hansestädte würden in der Fabrikation eine Monopolstellung erlangen, weil die Steuer auf eingeführte Zigarren im Verhältniß zu niedrig normirt sei; die Pfeife des armen Mannes würde nicht nur vertheuert, denn der ordinäre Rippentabak, den man im Volke rauche, werde seines schwereren Gewichtes wegen nicht mehr eingeführt werden, sondern nur entrippt auf den Markt kommen, sondern die Anwendung von Surrogat würde gerade in den schlechteren Tabakssorten einen großen Umfang erreichen. Die Tabakssteuer sei ja als Genußmittelsteuer nicht zu verwerfen, aber sie sei ungerecht, weil die Qualität nicht besteuert werden könnte. Wenn man meint, die Sozialisten müßten dem Monopol zustimmen, so irre man sich; denn sie wollen nicht nur Produktion und Konsumtion, sondern auch die Distribution von Staats wegen regeln und von dem jetzigen Staate sei nicht zu erwarten, daß er eine gerechte Vertheilung des Arbeitsertrages vornehmen werde. Redner könne sich nach seinen persönlichen Interessen allerdings für das Monopol erklären, weil dies die Hausarbeit beseitige, welche schon die Kinder in frühester Jugend mit Nikotin vergifte; aber im Interesse des Gemeinwohles, besonders zur Aufrechterhaltung vieler Existenzen könne er nur empfehlen, die Vorlage möglichst schnell zu begraben und keine Auferstehung feiern zu lassen.

Nach 4 Uhr verlangt als letzter Redner Abg. Dr. Bamberger das Wort, um zu verhüten, daß das Haus sich unter dem negativen Eindruck der gestrigen und heutigen Verhandlung trenne, und um ihr auch etwas Positives abzugewinnen. Die Mehrheit anerkannt, daß eine grundsätzliche Auseinandersetzung hat über die Behandlung der Steuerfrage zwischen Reich und Einzelstaaten stattfinden muß, daß der Wirrwarr von Steuerpragmatik, in dem uns jetzt bewegen, mit einer gedeihsamen Entwickelung des Reiches und der Einzelstaaten unverträglich ist und daß das Reich auf eigene Einnahmen angewiesen werden muß. Nicht als ob das Reich nicht allenfalls auch mit dem Aushilfsmittel der Matrikularbeiträge bestehen könnte und der Wunsch nach Beseitigung derselben aus dem Mißtrauen gegen die Einzelregierungen entstände; sondern weil die Steuersysteme im Reich und in den Einzelstaaten in ein Verhältniß gebracht werden müssen, in welchem sie leben können. Der Vorredner hat mir und, ich glaube, dem ganzen Hause die Freude bereitet, heute, obwohl er den Standpunkt seiner Partei pflichtmäßig gewahrt hat, in eine streng sachliche Debatte über die Materie einzutreten, und dabei auch die große Kontroverse der direkten und indirekten Steuern behandelt. Mögen wir bei Praktikern oder bei Theoretikern anfragen, immer werden wir zu dem Resultat kommen, daß diese Frage noch ungelöst ist und vielleicht niemals gelöst werden wird. Es bleibt also nichts übrig, als beide Arten der Steuer in verträglicher und gleichmäßiger Art zur Anwendung zu bringen, wenn man nicht Gefahr laufen will, durch einseitige prinzipielle Anwendung einer Theorie wirklichen Schaden zu stiften. Wir dürfen in der Anspannung der direkten Steuern nicht zu weit gehen. Die direkte Einkommen- und Kapitalsteuer ist eine Art Strafe auf die Ansammlung von Kapital. Nun wissen wir aber aus der Geschichte der ganzen Kulturentwicklung, daß eine der Hauptbedingungen der Erzeugung von Gütern, die zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienen, die Ansammlung von Kapital ist, und bei aller Feindschaft gegen das Kapital werden die Herren Sozialdemokraten doch selbst zugeben müssen, daß sie ohne die Dienste des angesammelten Kapitals heute nicht in der Lage wären, auf Eisenbahnen im ganzen deutschen Reiche umherzufahren und ihre Lehren zu verkünden. (Heiterkeit.) Wir müssen deshalb in der Anspannung der direkten Steuern hier eine Barriere ziehen, die Erhebung der direkten Steuern innerhalb vernünftiger Grenzen den Einzelstaaten überlassen und für das Reich die indirekte Besteuerung vorbehalten. Unter den Gegenständen der letzteren ist vor allen Dingen der Tabak genannt worden, und es hat sich sogar eine Art von Schwärmerei für diese Steuer entwickelt. Ich selbst hörte in einer Versammlung einen begeisterten Mann sagen: Wenn man sich frägt, warum die Vorsehung eigentlich ein so widerwärtiges und unnützes Gewächs, wie den Tabak, hat wachsen lassen, so muß man die Antwort geben, nur deshalb, weil er ein vorzügliches Steuerobjekt ist.(Heiterk.) Ich bin nun nicht der Ansicht, daß der Tabak deshalb sich zur Besteuerung besonders eignet, weil er ein entbehrliches Genußmittel ist — denn was ist nicht bis zu einem gewissen Grade entbehrlich! Aber wenn der Abg. Richter dagegen einwendete, die Regierung dürfe sich nicht hineinmischen in die Beurtheilung dessen, was der Einzelne nach seinem Geschmack für entbehrlich hält oder nicht, so muß ich dagegen doch Einsprache erheben. Nicht um sich in den Geschmack zu mischen, verlangt die Regierung den Tabak als Steuerobjekt, sondern um nach dem Konsum die disponiblen Mittel beurtheilen zu können. Ich bin selbst Raucher und behaupte, daß, wenn Jemand seinen täglichen Zigarrenbedarf von 12 auf 5 oder 6 reduzirt, sein Genuß intensiv in dem Maße wächst, als er extensiv abnimmt. (Heiterkeit.) Er kann so den Preis der ersparten Zigarren dem Steuerbedürfniß seines Landes opfern. Bei dieser Ausnutzung des Tabaks als Finanzquelle kann das Problem gelöst werden, den Staat reicher zu machen, ohne daß das Individuum an Genüssen ärmer wird. Dies ist der Grund, weshalb ich den Tabak für ganz besonders geeignet zur Besteuerung halte. Was die Spielkartensteuer betrifft, so halte ich es nicht für opportun, über das jetzige Steuermaß hinauszugehen, da sonst leicht die meisten Leute mit weniger reinlichen Karten spielen werden als bisher. (Heiterkeit.) Ich bin kein Kartenspieler, aber dadurch würde der Genuß am Kartenspiel sicher reduzirt werden, während der Staat nicht mehr einnimmt. Was das Tabaksmonopol betrifft, so läßt die Vorlage über die Endziele der Regierung keinen Zweifel aufkommen, wenn die Sache vorläufig auch nur als eine Rohtabaks-Steuer auftritt. Hier ist mein Herz getheilt. Für den, wer lesen konnte, war in der Vorlage allerdings ein Hinsteuern auf ein künftiges Monopol erkennbar. Zwischen dieser hineininterpretirten Tendenz u. dem Bekenntniß, daß man das Monopol wolle, liegt Himmel und Erde. Gestern hätten wir die Vorlage mit der Neigung für Rohtabaksteuern diskutirt. Hätten wir gestern eine Kommission ernannt, die beschließen sollte, ob der Steuersatz 24 oder 18 Mark betragen solle, dann hätten die Herren vom Regierungstisch sicher gesagt, die Majorität geht auf das Monopol los und das wäre nicht entfernt der Fall. Hätte dann später in einer Rede der Reichskanzler, herausgelockt durch eine ihn reizende Diskussion, das Wort hingeworfen: „Sie wissen doch, eigentlich wollen wir das Monopol“, so wäre der Reichstag der Blamirte gewesen. Als die Diskussion zwischen dem Abg. Lasker und dem Finanzminister Camphausen sich vorhin persönlich zuzuspitzen schien, erinnerte ich mich an einen alten Mann in meiner Heimathsstadt, der mit der Profession des Bettelns auch die des Prophezeiens verband, namentlich den Frauen in guter Hoffnung wahrsagte, ob sie Knaben oder Mädchen bekommen würden. Jeder prophezeite er natürlich einen Knaben, schrieb aber auf die Rückseite des Spiegels mit Kreide: „ein Mädchen“. So behielt er immer Recht. Wurde es ein Knabe, so behielt er Recht; wurde es ein Mädchen, so verwies er auf die Notiz hinter dem Spiegel, die er geschrieben, um die Frau nicht durch eine unwillkommene Weissagung zu erschrecken. (Stürmische Heiterkeit.) So hat uns auch der Minister Camphausen prophezeit eine Tabakssteuer, es kann aber auch das Monopol sein. Der Minister hat uns im Tone des Vorwurfs das Wort: ôte toi que je m'y mette entgegengeworfen. Er hat das allerdings verklausulirt, aber die Klausel pflegt man nicht zu hören, wohl das Schlagwort. (Sehr richtig!) So könnte draußen der Vorwurf auf uns sitzen bleiben, daß wir Reichspolitik machten aus Durst nach Ministerportefeuilles. Hätten wir uns wirklich einmal lächerlich gemacht, so wäre das gerade geschehen mit der mädchenhaften Zurückhaltung, welche unsere Partei den Ministerportefeuilles gegenüber bewahrt hat und die man in anderen Ländern gar nicht verstehen würde. Wir haben heute zu unserer Befriedigung gehört, daß der Reichskanzler mit dem Finanzminister von Preußen vollständig einig ist. Aber diejenigen unserer Kollegen, die berufen sein sollten, an seine Stelle zu treten und in Zukunft die großen Probleme zu lösen, die heute eins nach dem anderen vorgezeigt worden sind, die beneide ich wahrlich nicht und ich freue mich meiner obskuren Existenz, die mich nie in die Lage setzen wird, eine solche Rolle spielen zu müssen. Dem Abg. Windthorst, der sich heute merkwürdigerweise mit dem Reichskanzler bezüglich seiner Anschauungen über die Steuervorlage einverstanden erklärt und ein tiefes Bedürfniß, unser Steuerprogramm kennen zu lernen, gezeigt hat, kann ich das Eine positiv sagen: was auch unsere Partei, wenn sie je an's Ruder kommen sollte, machen wird, es wird ihm nicht recht sein, er wird Opposition dagegen machen. (Heiterkeit.) Was die Frage des Monopols betrifft, so kann ich für meine Person aussprechen, daß das Wort und der Begriff „Monopol“ in dem Sinne, wie sie hier beim Tabak angewendet werden, mich prinzipiell nicht abschrecken würden, auf die Vorlage einzugehen, wenn nur nachgewiesen würde, daß die Einführung des Monopols mit dem Wohlbefinden der Nation und unserem Steuerbedürfnisse sich in Harmonie setzen ließe. Aber andererseits kann ich mir die Schwierigkeiten nicht verbergen, welche der Einführung des Monopols in Deutschland entgegenstehen. Nach der Unpopularität unserer Person und Partei würden wir nicht viel fragen, aber es ist doch etwas Anderes, ob man das Reich und seine Gesetzgebung einer Unpopularität aussetzen soll. Frankreich hat für sein Tabaksmonopol großartige Einrichtungen getroffen, um dem Geschmack des Publikums entgegenzukommen und den Tabaksbau gehörig zu überwachen. Wie sollen wir diese Arbeit von Menschenaltern bei uns machen. Besitzen unsere Beamten die genügende Geschicklichkeit? Wird sich nicht die kritische Neigung des Publikums bei jeder Zigarre äußern? Sollen wir es darauf ankommen lassen, daß, wie man in Italien die dunklen Zigarren, die jetzt alle Welt raucht, Cavour nennt, bei uns die langen Zigarren Bismarck und die kleinen Trabucos Lasker genannt werden? (Heiterkeit.) Der Reichskanzler meinte, wir sollten die Vorlagen nicht einfach in einer Kommission begraben, sondern mindestens eine Resolution fassen; ja das ist doch nur ein Begräbniß erster Klasse. (Heiterkeit.) Ich freue mich, daß bei dieser Gelegenheit die konstitutionellen Rechte des Hauses auch von anderer Seite stark akzentuirt worden sind. Wir können in dieser Steuerfrage keinen Schritt weitergehen, ehe nicht die konstitutionellen Rechte des Reichstages und der Einzellandtage in Bezug auf Einnahmen- und Ausgabebewilligung vollständig fixirt sind, und besonders eine entsprechende Organisation der Reichsbehörden vorgenommen ist. Die Furcht des Abg. Windthorst vor dem Einheitsstaat ist hier absolut unbegründet; mir scheint es vielmehr, daß das Reich eher auseinander fallen würde, wenn es so weiter geht, als daß die Einzelstaaten beseitigt würden. Wenn er meint, daß die Finanzminister der Einzelstaaten vor einer Einrichtung erschrecken würden, die den Finanzminister Preußens dem Reiche näher rückt, so merkt man daran eben, daß er nicht Finanzminister eines Einzelstaates ist. Ich habe in der letzten Woche zwei merkwürdige Epochen unseres parlamentarischen Lebens durchgemacht. Am Dien-

stag verließen wir stolz erhobenen Hauptes die Versammlung in dem Bewußtsein, daß die Augen der Welt bewundernd, vielleicht ängstlich, mindestens aber respektvoll auf uns gehaftet hatten. heute gehen wir mit einem gewissen Gefühle der Depression heim, weil wir gesehen haben, wie zerfahren Gesetzgebung und Verwaltung im deutschen Reiche ist. Aber ich sehe in dieser Verschlechterung der Lage nur den Zustand, aus dem die Besserung hervorgeht. Wenn, was heute als Eventualität in die Debatte geschleudert wurde, eine Veränderung in der Regierung vorgehen sollte, so würde das jedenfalls nicht auf eine Aeußerung hin, die der oder jener gethan hat, geschehen, sondern es wäre nur eine Folge der Aufklärung, daß es so nicht weiter gehen kann Der Reichskanzler hat gemeint, das Tabaksmonopol sei sein letztes Ideal; nun ein Mann, der soviel gethan hat, kann bescheiden sein. Ich hoffe nicht die Einführung des Tabaksmonopols wird das Verdienst sein, mit dem er sein Werk krönt, sondern die Einführung einer konstitutionellen Steuerpolitik und eines konstitutionellen Reichsministeriums (Beifall).

Damit schließt die Diskussion. Das Haus verweist die Tabaksteuervorlage an die Budgetkommission. Derselbe Beschluß wird ohne weitere Debatte auch bezüglich der anderen Steuervorlagen gefaßt. Schluß 5¼ Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Spezialberathung der Etats.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 24. Februar.

r. Die Beerdigung des verstorbenen Justizraths E. Janecki, welche heute Nachmittag 4 Uhr stattfinden sollte, ist auf morgen verschoben worden, weil der katholische Propst Pendzinski an der hiesigen St. Martinskirche das kirchliche Begräbniß verweigert hatte.

— Postinspektor Kischke aus Karlsruhe soll, wie der „Br. Z." gemeldet wird, der Nachfolger des bekanntlich nach Konstanz versetzten Postraths Buttkus in Bromberg sein.

r. **Bei der Probebelastung** der neuen Wallischeibrücke am Sonnabend betrug die Durchbiegung beim Hinüberfahren des Wagens, welcher incl. Belastung 400 Ztr. wog, nicht, wie neulich aus Versehen angegeben, 60, sondern nur **6** Millimeter = c. $\frac{1}{5000}$ der Länge einer Oeffnung der Brücke. — Die neue Wallischeibrücke wird voraussichtlich binnen etwa 8 Tagen dem öffentlichen Verkehre übergeben werden, sobald die Eindrücke, welche bei der Probebelastung die Räder des 400 Ztr. schweren Fuhrwerks in dem Pflaster der Brücke und deren Zugängen hinterlassen haben, beseitigt sein werden. Der Wagenverkehr wird sich zunächst einige Tage über die neue Wallischeibrücke und durch die Venetianerstraße bewegen, bis die Erhöhung und Pflasterung des Zuganges zu der Brücke auf der Wallischeistraße ausgeführt sein wird. Alsdann wird auch der Abbruch der Interimsbrücke erfolgen. Da sich die aufgeschüttete Erde der Zugänge zu der Brücke noch andauernd setzt, zumal diese Arbeiten im Winter ausgeführt werden mußten, so wird wahrscheinlich eine Umpflasterung der Zugänge und der Brücke im Laufe des Sommers noch nothwendig werden.

r. **Der Wasserstand der Warthe** hatte am Sonntage bereits die Höhe von c. 8 Fuß erreicht, so daß der Ueberfall des Berdychowoer Dammes mehr als ½ Fuß überfluthet wurde und demnach die Sperrung desselben erfolgen mußte.

≙ **Schneidemühl,** 24. Februar. [Ergriffen.] Eigenthümer Wilhelm Krenz aus Wyschin Hauland, der Mörder des Försters Pfeil, ist vorgestern auf der Flucht nach Amerika in Hamburg ergriffen und heute dem hiesigen Kreisgerichte überliefert worden.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 23. Februar. Der heute bei dem Grafen Andrassy stattgehabte Ministerrath beschäftigte sich mit der Frage der Einberufung der Delegationen.

Wien, 24. Februar. In dem heute unter dem Vorsitze des Kaisers abgehaltenen gemeinschaftlichen Ministerrathe wurde die gestern bei dem Grafen Andrassy begonnene Berathung über die Frage der Einberufung der Delegationen behufs Erweiterung der Indemnität für eine weitere Zeit, im Hinblicke auf die in Aussicht stehende Konferenz, fortgesetzt. Gutem Vernehmen nach wurden hierbei auch eventuelle Kundgebungen der verfassungsmäßigen Körperschaften angesichts der bevorstehenden Konferenz-Verhandlungen in Betracht gezogen.

Pest, 23. Febr. Das Unterhaus nahm heute den Artikel XXII. des Zoll- und Handelsbündnisses mit Oesterreich in der von der Regierung beantragten Fassung an, unter Ablehnung des von dem Abgeordneten Bitto gestellten Amendements wegen der Aufnahme einer Klausel in Betreff einer fünfjährigen Kündigungsfrist.

Rom, 23. Februar. Wie die „Agenzia Stefani" erfährt, findet die Krönung des Papstes voraussichtlich am nächsten Donnerstag in der vatikanischen Basilika statt.

Paris, 22. Februar. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Handelsminister eine Erhöhung der Generaltarife der Zölle um 24 Prozent in Vorschlag bringen, die Erhöhung soll gegenüber denjenigen Ländern, welche gleichartige französische Produkte mit einem 20 Proz. übersteigenden Eingangszolle besteuern, bis auf 50 Proz. ansteigen.

Paris, 24 Februar. Heute hat die Enthüllung des Grabdenkmals Ledru Rollin's stattgefunden.

Versailles, 23 Februar. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer legte der Finanzminister mit Rücksicht darauf, daß es dem Senate nicht möglich sein werde, die Berathung des Budgets noch vor dem Ende dieses Monats vollständig zu erledigen, einen Gesetzentwurf vor, durch welchen ein weiteres Zwölftel des Budgets provisorisch bewilligt wird

London, 22. Februar. Im Oberhause passirte die Kreditbill die dritte, die Bill betreffend die Kompetenz der englischen Gerichte innerhalb einer 3 Meilen von der englischen Küste entfernten Zone passirte die zweite Lesung. Hierauf vertagte sich das Haus.

Im Unterhause erwiederte auf eine Anfrage Wait's Unterstaatssekretär Bourke, es fänden, seit Holland gegen die Zuckerkonvention Einwendungen erhoben habe, Verhandlungen zwischen Holland, Frankreich, Belgien und England statt, ein Beitritt Rußlands und Oesterreichs zu der Zuckerkonvention gelte für unwahrscheinlich.

London, 25. Februar. Die Morgenblätter besprechen die russischen Friedensbedingungen, soweit man dieselben kennen will und bezeichnen dieselben als sehr harte, und die Aussichten als sehr trübe. Die „Times" sagt, die Friedenshoffnungen beruhten auf der Mäßigung Rußlands. Wenn Rußland die Wünsche anderer Großmächte berücksichtige, so werde ein neuer Krieg vermieden werden, der leicht die türkischen Grenzen überschreiten könnte.

London, 25. Februar. „Bureau Reuter" meldet aus Konstantinopel vom 22. über die Friedensbedingungen: Die Grenzen des künftigen Fürstenthums Bulgarien sollen über den Balkan hinausreichen. Der Fürst Bulgariens soll durch die Notablen erwählt und durch die Pforte und die Mächte bestätigt werden. Der Tribut Bulgariens würde dem Nettoeinkommen des Landes entsprechen. Eine russische Kommission würde zwei Jahre lang die Regierung Bulgariens überwachen, welches gleichzeitig von russischen Truppen besetzt bliebe. Podgorizza und Antivari erhielte Montenegro, welchem noch andere Landestheile im Norden und Westen zugetheilt werden. Serbien erhielte nach bosnischer Seite eine beträchtliche Vergrößerung. Bezüglich der Dardanellen würden alle Kriegsschiffe, abgesehen einzelne Ausnahmen, von der Durchfahrt ausgeschlossen. Für Handelsschiffe wurde absolute Freiheit, selbst in Kriegszeiten, statuirt. Die Kriegskosten-Entschädigung betrage 1400 Millionen Rubel. Zur Deckung würde Batum, Kars, Bajazzid und Ardahan mit ihren Territorien abgetreten. Die Pforte hätte außerdem eine bedeutende Summe in Obligationen zu zahlen, deren Zinsen und Amortisirung durch den Tribut Bulgariens und Egyptens, sowie die Einkünfte Anatoliens und durch die Minen von Heradea garantirt würden. 10,000,000 Rubel sind sofort zu zahlen.

Madrid, 23. Februar. Die Regierung hat die Ausweisung des Pater Mon verfügt, der in einer in der Kathedrale von Huesca gehaltenen Predigt das liberale Regiment in Spanien und die Monarchie des Königs Alfon's XII. lebhaft angegriffen hatte.

Petersburg, 25. Februar. Offiziell wird aus San Stefano vom 24. d. früh gemeldet: Großfürst Nikolaus ist mit Zustimmung des Sultans früh 4 Uhr eingetroffen, von der griechischen Geistlichkeit, Reouf Pascha und Mehemed Pascha auf dem Bahnhof begrüßt worden Heute rückten in San Stefano das Preobraschenskische Regiment, Kosaken Schukoffs und die Eskorte-Kompagnie des Großfürsten ein. Die Türken räumen den Platz.

Konstantinopel, 24. Februar. Nach der „Agence Havas" sind die Friedensbedingungen geordnet; der betreffende Präliminarvertrag wird heute in San Stefano unterzeichnet. Nach der Unterzeichnung stattet der Großfürst Nicolaus dem Sultan einen Besuch ab. Der Friede wird „Friede von Konstantinopel" heißen

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Angekommene Fremde

24 Februar.

Mylius' Hotel de Dresde Die Kaufleute Hirschberg a. Bromberg, Kadelbach a. Berlin, Selig a Braunschweig, Fredeking a. Paris, Leunartz u. Stiel a. Aachen, Raser a. Leipzig, Nidelski a. Breslau, Seemann a. Hamburg, Doerks a. Danzig, Amerlan a. Weimar, Braut a. Neumark u. Nehrmann a. Nordhausen, die Rittergutsbesitzer Sperling a Kikowo, Roloff a. Bielawe, Baron v. Netz u. Frau aus Ludomski u. Witt a. Bogdanowo, Fabrikbes. Pfitzner a. Laurahütte, die Direktoren Schmidt a. Oschatz u. Albrecht a. Guben, Landwirth Hepffner a. Strumjanie, Kommd. der Artill. Oberst von Linke aus Breslau, Tuchfabrikant Kittel u. Sohn a. Schwiebus.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Greiser a. Berlin u. Littmann a. Breslau, die Rent. Baron v. Uechtritz u. Frau a. Ulm u. Freiherr v. Strentz u. Frau a. Salzburg, Frau Rittergutsbes. Berendt u. Tochter a. Ksiażno.

Scharffenberg's Hotel. Die Kaufleute Bernstein a. Inowrazlaw, Tapp a. Hamburg, Schultze a. Dresden, Rothschild u Moebius a. Frankfurt a. M., Schönheide u. Bernstein a. Berlin, Berthold u. Cohn a. Breslau, Nathan a. Oels, Lübcke a. Leipzig u. Wege a. Magdeburg.

Hotel de Paris. Rittergutsbesitzer von Gasiorowski a. Zberek, Hotelbes. Thonn a. Strzałkowo, Ober-Insp. Zchmilinski a. u. Frau a. Zimnawoda, Busse, Knechtel u. Mischke a. Inowrazlaw, die Kaufleute Jaruczewski a. Borek, Neufeldt a. Berlin, Neumann a. Samter, Reichenstein a. Glogau u. Clauß a. Stettin.

Börsen-Telegramme.

(Schlußkurse.)

Berlin, den 25 Februar 1878 (Telegr. Agentur.)

		Not. v. 23			Not. v. 23.
Märkisch-Posen E. A.	17 40	17 50	Russ. Bod.-Kr.-Pfdbr.	75 60	76 —
do. Stamm-Prior.	75 75	75 6[illegible]	Poln. 5proz. Pfandbr.	66 75	66 25
Köln-Minden. E. A.	90 75	90 75	Posener Prov. B.-A.	102 50	102 80
Rheinische E. A.	105 25	105 25	Landwirthschtl. B.-A.	45 —	45 —
Oberschlesische E. A.	121 50	121 75	Posen. Sprit-Akt.-Ges.	40 —	40 —
Oestr. Nordwestbahn	181 50	185 50	Reichsbank	155 75	156 —
Kronprinz Rudolf.-B	50 —	49 25	Disk. Kommand.-A.	117 —	117 75
Oesterr. Banknoten.	171 —	170 80	Schles. Bankverein	79 80	79 80
Oestr Goldrente	62 75	63 30	Centralb. f. Ind. u. Hdl.	70 25	70 50
Russ. Engl. Anl. 1871	83 30	83 30	Königs- u. Laura Hütte	74 10	74 40
do. Paem. Anl. 1866.	161 25	161 75	Posener 4pr. Pfandbr.	95 —	95 —
Rus. 6%, Schatzan. 1Abt	100 80	101 25	Poln. Liquid. Pfdbr.	—	— —

Nachbörse: Franzosen 441 00 Kredit 392 50 Lombarden 127,00

Berlin, den 25 Februar 1878 (Telegr. Agentur.)

		Not. v. 23.			Not. v. 23
Weizen still.			Kündig. für Spiritus	—	10000
April-Mai	204 50	204 50	**Fondsb.** fest		
Mai-Juni	205 50	205 50	Pr. Staatsschuldsch.	92 75	92 75
Roggen still.			Pos. neue 4% Pfdbr.	95 —	94 25
Februar	— —	— —	Posener Rentenbriefe	95 50	95 60
April-Mai	146 —	146 —	Staatsbahn	440 —	441 —
Mai-Juni	144 50	144 50	Lombarden	127 —	127 —
Rüböl matt.			1860er Loose	105 25	106 30
April-Mai	68 50	68 50	Italiener	74 —	74 25
Mai-Juni	68 70	68 70	Amerikaner	99 —	99 25
Spiritus matter.			Oesterreich. Kredit	391 —	393 50
loko	51 20	51 40	Türken	8 50	9 —
Februar	51 30	51 50	Rumänier	24 —	23 90
April-Mai	52 10	52 40	Poln. Liquid.-Pfandbr.	58 50	58 75
Juni-Juli	53 40	53 60	Russische Banknoten	218 50	219 40
Hafer,			Oesterr. Silberrente	57 25	57 30
April-Mai	138 —	138 —	Galizier Eisenbahn	103 40	104 —
Kündig. f. Roggen	—	—			

Stettin, den 25. Februar 1878. (Telegr. Agentur.)

		Not. v. 23.			Not. v. 23
Weizen unver.			Februar	70 —	70 50
Frühjahr	207 —	206 50	April-Mai	69 50	70 —
Mai-Juni	207 50	207 50		— —	— —
	— —	— —	**Spiritus** matt.		
Roggen unver.			loko	50 —	50 —
Frühjahr	143 —	143 —	Februar	— —	—
Mai-Juni	142 50	142 50	Frühjahr	50 90	51 —
	— —	— —	April-Mai	— —	— —
Hafer, Frühjahr	— —	— —	**Petroleum,**	— —	
Rüböl, matt.			Februar	11 90	11 75

Börse zu Posen.

Posen, 25. Februar 1878. [Amtlicher Börsenbericht.]

Roggen. Gek. — Ctr. Kündigungs- u. Regulirungspreis: — Februar, Febr.-März, Frühjahr, April-Mai Kein Geschäft

Spiritus (mit Faß). Gekün 10,000 Ltr. Kündigungspreis 49,40 Februar 49,40, März 49,70, April-Mai 50,80, Juni 51,80, Juli —,—. Loko Spiritus (ohne Faß) 49,00.

Posen, 25 Februar 1878 [Börsenbericht.] Wetter: trübe

Roggen —. Gek. — Ctr. Frühjahr —, Juni —, Juli —,—, August —.

Spiritus ruhig. Gek. 15,000 Ltr., Kündigungspreis 49,40, Februar 49,50 bez. Br. März 49,70 bez. Gd. April 50,30 bez. Br. Mai 51,10 bez. Br. April-Mai 50,80 bez Br. Juni 51,80 bez. Br. Juli 52,50 bez. Gd. August 53,30—10—20 bez. B. Septbr. —. Loko Spiritus ohne Faß 49,30 bez. Gd.

Marktbericht der kaufmännischen Vereinigung.

Posen, den 25. Februar 1878.

Pro 50 Kilogramm.

	feine Waare. Mk.	Pf.	mittlere Waare. Mk.	Pf.	ordinäre Waare. Mk.	Pf.
Weizen	10	10	9	—	8	40
Roggen	6	75	6	35	6	20
Gerste	7	80	7	10	6	30
Hafer	7	50	6	50	6	20
Kartoffeln	1	60	1	50	1	40

Durchschnitts-Marktpreise

nach Ermittelung der Königlichen Polizei-Direktion.

Posen, den 25 Februar 1878.

Gegenstand.		pro 100 Kilogramm schwere Waare M.	Pf.	mittl. Waare. M.	Pf.	leichte Waare. M.	Pf.	Mitte. M.	Pf.
Weizen	höchster	20	—	19	—	17	75	18	50
	niedrigster	19	25	18	—	17	—		
Roggen	höchster	14	—	12	75	12	—	12	67
	niedrigster	13	25	12	25	11	75		
Gerste	höchster	15	—	14	25	13	75	14	13
	niedrigster	14	50	14	—	13	25		
Hafer	höchster	14	25	13	50	13	—	13	29
	niedrigster	13	75	13	25	12	—		

Andere Artikel.

		höchster M.	Pf.	niedrigst. M.	Pf.	Mitte. M.	Pf.
Stroh, Richt-	pr. 100 Kilog.	3	80	3	—	3	40
Stroh, Krumm-	do.	—	—	—	—	—	—
Heu	do.	6	—	3	—	4	50
Erbsen	do.	15	—	13	50	14	25
Linsen	do.	—	—	—	—	—	—
Bohnen	do.	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	do.	3	60	3	20	3	40
Rindfleisch	pro 1 Kilog.						
von der Keule	do.	1	40	1	30	1	35
Bauchfleisch	do.	1	—	—	80	—	90
Schweinefleisch	do.	1	20	1	10	1	15
Hammelfleisch	do.	1	10	—	80	—	95
Kalbfleisch	do.	1	10	1	—	1	5
Butter	do.	2	20	2	—	2	10
Eier	pro Schock.	2	50	—	—	2	50

Produkten-Börse.

Bromberg, 23. Februar. (Bericht von A. Breidenbach.)

Weizen: 160—205 M., feinster über Notiz. Roggen: 124—132 Mark. — Gerste: 134—156 Mark, feinste Braugerste darüber. — Hafer: 112—135 Mark, — Erbsen: feine Koch- 153, Futter- 135 Mark. [Alles erste Kosten per 1000 Kilo nach Qualität und Effectivgewicht.]

(Privatbericht.) Spiritus 49,00 Mark per 100 Liter a 100%.

Breslau, 22 Februar. [Amtlicher Produktenbörsen-Bericht. Roggen (per 1000 Kilogr.) behaup., gek. —,— Ctr., per Februar 135 Mark Br. — Februar-März 135 M. Br. — per März-April 135 Mark Br. April-Mai 136 Mark bez — Mai-Juni 137,50 Mark Gd. — Juni-Juli 139,50 Mark Br. — Juli-August —. — Weizen gek. —,— Ctr. per laufenden Monat 196,00 Mark Br. — April-Mai 202 Mark Br. — Hafer: gek. —,— Ctr. per laufenden Monat 120 Mark Br. — April-Mai 124,50 Mark Br. — Mai-Juni 127,50 Mark Br. — Juni-Juli 131,00 Mark Br. — Rüböl geschäftslos, gek. — Ctr., loko 70,50 Mark Br. Februar 69 Mark Br. Februar-März 69,00 Mark Br. März-April 69,00 Mark Br. — April-Mai 68,50 Mark Br. — Mai-Juni 68,50 Mark Br. September-Oktober 65,50 Mark Br. — Spiritus (per 100 Liter a 100%) matt, gek — Ltr. Februar 51,10 Mark bez. — Februar-März 51,10 Mark bez. April-Mai 51,30 Mark Gd Juni-Juli — Mark. Juli-August 53 M. Gd. — August-September 53,50 Zink: unverändert.

Die Börsen-Kommission.

Marktpreise in Breslau am 23. Februar 1878

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.	Pro 100 Kilogramm schwere Höchster. M. Pf.	schwere Niedrigst. M. Pf.	mittlere Höchster. M. Pf.	mittlere Niedrigst. M. Pf.	leichte Waare Höchster. M. Pf.	leichte Waare Niedrigst M. Pf.
Weizen, weißer	20 —	19 70	20 80	20 30	19 —	17 70
Weizen, gelber	19 20	18 90	19 90	19 70	18 70	17 60
Roggen	13 90	13 20	12 90	12 70	12 50	12 10
Gerste alt	— —	— —	— —	— —	— —	— —
Gerste	16 30	15 60	15 10	14 60	14 30	13 5[illegible]
Hafer alt	— —	— —	— —	— —	— —	— —
Hafer	13 60	13 20	12 90	12 40	12 —	11 60
Erbsen	17 —	16 30	15 80	14 90	14 40	13 80

Per 100 Kilogramm	fein		mittel		ordinär	
Raps	31	—	28	—	25	—
Rübsen, Winterfrucht	30	—	27	—	23	—
Rübsen, Sommerfrucht	29	—	25	—	22	—
Dotter	24	—	21	—	18	—
Schlagleinsaat	25	—	22	—	19	

Kleesaat, rothe ruhig, ordinäre 29—34 Mark, mittle 37—41 M feine 46—49 Mark, hochfeine 51,00—53,00 Mark, pro 50 Kilogr. — Kleesaat weiße unver., ordinäre 36—42 Mark, mittle 46—52 M. feine 58—64 Mark, hochfeine 68—74 Mark pro 50 Kilogramm

Kartoffeln per Sack (2 Neuscheffel a 150 Pfd.) beste 2,50—3,50 M geringere 2,00—2,30 M. per Nuscheffel (75 Pfd.) beste 1,25—1,75 M geringere 1,00—1,15 M. per Liter 0,03—0,05 M.

Kündigungspreis für den 25 Februar: Roggen 135,00 Mk. Weizen 196,00 M., Gerste —, Hafer 120,00 Mk., Raps — M., Rüböl 69,00 M. Spiritus 51,10 M

Druck und Verlag von W. Decker und Comp. (E. Röstel) in Posen.